



Antiamerikanismus allein macht noch keine Friedenspartei

Der deutschnationale Militarismus der AfD unter falscher Flagge

von Merle Weber

Es läuft gut für die AfD. Seit bald zwei Jahren geht es in den Wahlumfragen auf Bundesebene steil bergauf: Von rund zehn Prozent im Frühjahr 2022 zu über 20 Prozent heute.¹ Inzwischen ist die für Faschisten offene Partei zweitstärkste Deutschlands. Der Anstieg findet genau in dem Zeitraum statt, in dem die AfD anfing, unter der Friedensfahne zu marschieren. Im Februar 2023 hatte die AfD mit einem Antrag im deutschen Bundestag ihre sogenannte „Friedensinitiative“ gestartet. Sie pocht darin auf die „Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa“ und fordert, Deutschland solle in einer Vermittlerrolle für eine

Verhandlungslösung des Ukraine-Krieges eintreten. Im April letzten Jahres setzte sie die im Parlament begonnene Kampagne auf der Straße fort. In mehreren Städten demonstrierte die AfD unter dem Motto „Dem Frieden eine Chance geben“ nach eigenen Angaben „für den Frieden in der Ukraine“.² Als „einzige politische Kraft“³ die sich gegen die „Kriegstreiberei“⁴ der Bundesregierung stelle, will die AfD „zwei Dritteln der Deutschen eine Stimme“ geben⁵. Die Strategie scheint Früchte zu tragen.

Der Wolf im Schafspelz

Die AfD benennt die regierenden Parteien zurecht als Kriegstreiber. Das hält die angebliche Alternative jedoch nicht davon ab, deren Politik der Kriegsvorbereitungen mitzutragen. Die Hochrüstungprojekte der Regierung begrüßt die AfD in der Regel. Dass die Ampel für den Wehretat 1,7 Milliarden mehr eingeplant hat, war für einen Redner der angeblichen Friedenspartei in den Debatten um den Haushalt 2024 „erstmal eine gute Nachricht“. Auch dass über das sogenannte Sondervermögen weiterhin Milliardenbeträge in die Aufrüstung fließen, sei „grundsätzlich auch erstmal gut“ – „endlich passiert was“. Aber eben nicht genug. Jedenfalls nicht in den Augen der AfD. Die Regierung habe „immer noch viel zu wenig Munition auf dem Einkaufszettel“. Auch hier fordert die AfD „deutlich mehr“. Auf die nächste 25-Millionen-Euro-Vorlage, also das nächste rüstungspolitische Großprojekt, „freue“ er sich „jetzt schon“, lässt der AfD-Redner den Verteidigungsminister wissen. Und versichert dem Verteidigungsminister der Kriegstreiber, die AfD werde an der Hochrüstung Deutschlands „weiterhin konstruktiv mitwirken“.⁶ Auch die Grundsatzpapiere der AfD schlagen in dieselbe Kerbe: Es sei „unstrittig, dass die Bundeswehr derzeit erhebliche Mängel“ aufweise. Die Bundeswehr sei „umfassend zu ertüchtigen“.⁷ Die deutsche Armee müsse befähigt werden, „durchhaltefähige sowie personell und materiell voll einsatzbereite [...] Großverbände aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche bereitzuhalten“. Die AfD träumt von einer „starken Bundeswehr“ – „anerkannt, geachtet“ und „gefürchtet“. Das koste „natürlich Geld, viel Geld“. Aber „nur so“ lasse sich „die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands“ steigern.⁸ Für „deutsche Männer“ fordert die AfD die Wiedereinführung der „allgemeinen Wehrpflicht“,⁹ und eine „kriegsnahe Ausbildung“ die sich den „Bedingungen auf dem Gefechtsfeld so weit an[nähert], wie es die Regeln der Menschenführung“ in einer Demokratie „zulassen“.¹⁰ Und nicht nur die Bundeswehr will die AfD stärken. Neben einer schlagkräftigen Armee sei auch eine starke nationale Rüstungsindustrie „unverzichtbar“ für die „Souveränität Deutschlands“.¹¹ Die für den Ausbau der nationalen militärischen Fähigkeiten „notwendigen Großaufträge“ möchte die AfD an die „deutsche Industrie“ vergeben wissen.¹² Für eine effizientere und schnellere Aufrüstung wünscht sich die AfD, wie die amtierenden Parteien auch, eine Beschleunigung der „militärischen Beschaffungsprozesse“. Und auch „jegliches Bestreben“ die NATO und die Bundeswehr von Interventionskriegen auf die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten, unterstützt die AfD nach eigenen Angaben.¹³ Unter dem Schlagwort der Rückbesinnung auf die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung vollziehen die NATO und auch Berlin seit 2014 die Vorbereitungen auf einen Krieg mit Russland und zunehmend auch China. Auch diese Politik trägt die angebliche Friedenspartei AfD mit. Denn die Kriegsvorbereitungsmaßnahmen der NATO „korrespondieren“ nach Einschätzung der AfD mit ihrem Ziel, Deutschlands nationale militärische Schlagkraft auszubauen.¹⁴

Mittelmacht zwischen den Großmächten Wieso schwenkt eine deutschnationale Aufrüstungspartei die Friedensfahne? Um das zu verstehen, braucht es einen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus. Denn entscheidend für die Positionierung der AfD bezüglich des

Ukraine-Krieges ist nicht die Friedens- sondern die Bündnisfrage. Die Verschiebungen im globalen Kräfteverhältnis stellen den deutschen Staat vor strategische Grundsatzentscheidungen. Durch die globalen Machtverschiebungen steht die US-dominierte internationale Ordnung der letzten Jahrzehnte zunehmend infrage. Als rohstoffarme Mittelmacht mit exportzentrierter Wirtschaft ist Deutschland in besonderem Maße abhängig von eben dieser Ordnung. Deutschland verfügt auf seinem Territorium weder über die Rohstoffe noch über den Absatzmarkt, die notwendig sind, um seine Volkswirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form zu erhalten. Gleichzeitig ist Berlin auf sich allein gestellt auf internationaler Ebene weder politisch noch militärisch in der Lage, seine Interessen eigenständig gegen Widerstände durchzusetzen. Deutschland droht im Tauziehen der Großmächte um die Weltordnung seine gewohnte Position unter dem Schirm des US-Imperialismus zu verlieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Bündnisfrage für den deutschen Staat zurzeit mit großer Dringlichkeit. Soll Deutschland trotz aller Spannungen mit Washington weiterhin auf eine Juniorpartnerschaft mit den USA setzen, wie es die Transatlantiker fordern? Oder doch lieber danach streben, die militärische Abhängigkeit von den USA abzubauen und stattdessen Berlins Weltgeltung durch eine Führungsposition in einer geeinten und militärisch gestärkten EU verwirklichen, so wie es die Strategischen Autonomisten gerne hätten? Oder soll Deutschland den Fortbestand seiner Exportwirtschaft durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit insbesondere mit dem ressourcenreichen Nachbarn Russland sicherstellen, wie es unter anderem die AfD fordert?

Souveränität über alles

Vor allem „Deutschland“ drohe zwischen den „Großmächten zerrieben zu werden“, warnt die Fraktionsvorsitzende der AfD. Berlins Bedeutung in „internationalen Gesprächen“ auch gegenüber den „Großmächten“ habe in den letzten Jahren „deutlich“ abgenommen“. Der Bundesregierung sei es „bisher nicht“ gelungen eine angemessene Reaktion auf die Verschiebungen in den internationalen Kräfteverhältnissen und den damit einhergehenden Politikwechsel der USA zu finden.¹⁵ Bei der „Bewältigung“ der „großen globalen Herausforderungen“ verschreibt sich die AfD in einem Grundsatzpapier einer „nationalen Außenpolitik“ die sich „stets“ des „Nutzens für Deutschland vergewissert“. Die Grundlage der „Bestimmung und Wahrnehmung deutscher Interessen“ sei dabei die „Souveränität Deutschlands“. Dazu gehöre, dass die „Freiheit des deutschen Volkes nicht durch auswärtige Mächte“ beeinflusst werde. „Ein souveränes Deutschland“ ist oberstes Ziel der AfD. Dass Deutschland sich „für ein friedliches Miteinander der Völker“ einsetzt, schreibt die AfD hingegen ausdrücklich an letzter Stelle ihrer außenpolitischen Prioritätenliste. Die Völkerverständigung kommt für die AfD nicht nur nach der deutschen Souveränität, sondern auch nach einer Politik, die Deutschlands „Wohlstand mehrt“. Der „Zugang zu allen Rohstoff- und Absatzmärkten“ begreift die AfD als „für unser Land überlebenswichtig“.¹⁶ Auch die AfD kommt dabei zu der Einschätzung, dass Berlin nicht in der Lage ist, seine Interessen „alleine durchzusetzen“ – jedenfalls nicht „immer“. Deutschland falle als „Mittelmacht militärisch nicht ins Gewicht“ und solle seine „Rolle unter den Nationen der Welt“ deswegen

lieber als „Vermittler, als ehrlicher Makler“ verstehen¹⁷ – wohlgerne während es gleichzeitig seine Armee und nationale Rüstungsindustrie stärkt, um sein militärisches Gewicht zu erhöhen. Solange die militärische Eigenständigkeit noch nicht erreicht ist, will die AfD den deutschen Wohlstand durch „zielorientierte“ Kooperationen mit anderen Staaten durchsetzen.¹⁸ In diesem Zusammenhang ist der „Ausgleich mit Russland“ für die AfD von „größter Wichtigkeit“.¹⁹ Denn „pragmatisch betrachtet“ müsse anerkannt werden, dass Russland „über die in Deutschland dringend benötigten Rohstoffe in mehr als ausreichenden Mengen verfügt“. Diese „Situation“ hofft die AfD, „zu beiderseitigem Vorteil zu nutzen“.²⁰ Die deutschen Interessen durch eine Juniorpartnerschaft zu den USA oder eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik der EU zu verfolgen, lehnt die AfD ab. Denn die Ansätze der Transatlantiker und der Strategischen Autonomisten stehen beide im Widerspruch zur obersten Priorität der AfD: die nationale Souveränität Deutschlands. Die Transatlantiker sind bereit, Deutschlands militärische und damit machtpolitische Abhängigkeit von den USA zu akzeptieren – undenkbar für die AfD. Die Strategischen Autonomisten wollen zwar im Verhältnis zu den USA (wie die AfD) die deutsche „Souveränität“ erlangen, allerdings indem sie die Abhängigkeiten vom überlegenen Washington auf die von Berlin dominierte EU verlagern. Immerhin ein Fortschritt in den Augen der Autonomisten – für die AfD ein Schritt vom Regen in die Traufe. Auch die Beteiligung der Bundeswehr an „katastrophalen“ Kriegen wie in Afghanistan oder Mali lehnt die AfD ab – beides Kriege, die Berlin ohne seine Partner in Washington bzw. Paris selbstständig nicht zu führen in der Lage gewesen wäre. Wozu auch, wenn die Rohstoffe der deutschen Industrie doch in Russland liegen?

Hauptfeind USA

Aus diesen außenpolitischen Grundsatzlinien ergibt sich die Position der AfD in der Ukraine-Frage. Für sie ist der Krieg in der Ukraine ein Krieg der USA; ein Krieg, in den die USA Deutschland gegen sein nationales Interesse hineingezogen haben. Also ein Krieg im Gegensatz zur Souveränität und den nationalen Interessen Deutschlands. Fragt man den Fraktionsvorsitzenden Chrupalla, dann sind es „die Amerikaner“, die vom Krieg in der Ukraine profitieren.²¹ „Völlig ohne Not“ habe Deutschland seine Rolle als neutraler Mittler aufgegeben, und „dem unbeteiligten deutschen Volk“ die „horrenden Kosten“ der Kriegstreiberei „aufgezwungen“, heißt es in der bereits erwähnten sogenannten Friedensinitiative. Weder die Regierung unter Merkel noch unter der Ampel habe in der Ukraine-Frage Deutschlands nationale Interessen vertreten. Denn der „große Verlierer“ im Ukraine-Krieg wird nicht etwa Kiew oder Moskau sein, sondern Berlin, kann Fraktionsvorsitzende Alice Weidel „prophezeien“. Der Krieg in der Ukraine ist für sie vor allem ein „Wirtschaftskrieg gegen Deutschland“ – geführt von den USA. Es seien „Prozesse angestoßen worden“ die Deutschland nicht „beeinflussen“ können wird. „Darum“(!) trete die AfD für Friedensverhandlungen ein.²² Die AfD lehnt Deutschlands Eingreifen in den Ukraine-Krieg ab: nicht, weil Krieg schrecklich ist, sondern weil es in ihren Augen „nicht unser Krieg“ sei.²³ Mit dem Ukraine-Krieg droht Deutschland den Zugriff auf

die russischen Ressourcen nachhaltig einzubüßen. Gleichzeitig stärkt der Ukraine-Krieg die USA in ihrer Position als atomare Schutzmacht Europas. Das macht den Ukraine-Krieg für die AfD doppelt unerträglich. Sie schielt auf die russischen Ressourcen und will unbedingt raus aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA. Lieber mit den russischen Ressourcen und neuer militärischer Stärke gegen die USA, als mit den USA gegen Russland – die AfD betreibt in der Ukraine-Frage keine Friedenspolitik, sondern anti-amerikanische Bündnispolitik.

Auf dem deutschen Auge blind

Dass Berlin sich seit der Kapitulation 1945 in einer bis heute andauernden militärischen und politischen Abhängigkeit von Washington befindet, soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden. Es wäre allerdings ein Trugschluss, deswegen anzunehmen, dass der deutsche Staat keine nationale Agenda verfolgt. Und ja: es stimmt, dass ein deutsch-russisches Bündnis US-Geostrategen ein Dorn im Auge wäre. Das heißt aber noch lange nicht, dass Berlin die Partnerschaft zu Moskau nicht aus eigenem Kalkül auf Eis gelegt hat. Deutschland opferte seine partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht aus Vasallentum gegenüber den USA, sondern wegen nationaler Interessen: Die Erweiterung der EU und der NATO nach Osten diente auch der Ausweitung der deutschen Einflussosphäre.

Dass die AfD ausgerechnet in Osteuropa kein eigenständiges machtpolitisches Interesse Deutschlands erkennen kann, ist im besten Fall geschichtsvergessen. Russlands Einfluss in Osteuropa zurückzudrängen und die Region deutschen Interessen unterzuordnen, ist seit Jahrhunderten eine Grundsäule deutscher Machtpolitik. Es ist nicht das erste Mal, dass die herrschende Klasse in Deutschland das Risiko eines Weltkrieges in Kauf nimmt, um ihren Ostimperialismus durchzusetzen. Schon während des Ersten Weltkrieges zielten die führenden Köpfe in Militär, Staat und Wirtschaft auf eine Eroberung von Rohstoffen, Siedlungsland, Arbeitskraft und Handelsrouten in Osteuropa.



Zentral- und Osteuropa während des nationalsozialistischen deutschen Reiches, welches an die baltische und ukrainische Sowjetrepubliken grenzte, und diese bald, sowie die anderen Staaten in Osteuropa, zu erobern versuchte.

Bild: CC-2.0 Wikimedia/CPlakidas

Von Finnland über die Baltischen Staaten, Polen und die Ukraine bis nach Rumänien wollten die Deutschen herrschen – das meiste davon damals nicht nur Einflusszone Moskaus, sondern russisches Staatsgebiet. Selbst das durch die Abspaltung der „Randstaaten“ geschwächte Restrußland hoffte der eine oder andere deutsche Industrielle seinem Profit unterzuordnen. Der Glaube an einen Kampf der überlegenen germanischen Kultur gegen das Slawentum war weit verbreitet. „Rassenhass“ sei der Grund der deutschen „Gegnerschaft zu Russland“, so beispielsweise Paul von Hindenburg, Teil der Obersten Heeresleitung und späterer Reichspräsident.²⁴ Während des Zweiten Weltkrieges verfolgten die Deutschen den sogenannten „Generalplan Ost“, ein siedlerkolonialistisches Projekt in Osteuropa. 31 Millionen Menschen wollten sie vertreiben um den Deutschen „Lebensraum im Osten“ zu erobern.²⁵ Heinrich Himmler, führende Figur des deutschen Faschismus, plante „rassisch Wertvolle aus dem Brei [der Bevölkerung Osteuropas] herauszufischen“ um sie zu germanisieren. Der Rest der Osteuropäer habe den Deutschen als „führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung [zu] stehen“ und „jährlich Wanderarbeiter [zu] liefern“.²⁶

Mit der in den Neunzigern begonnenen EU-Osterweiterung hat Deutschland eines seiner epochen-überdauernden machtpolitischen Ziele erreicht: Osteuropa aus dem russischen Einfluss herausbrechen und in den deutschen eingliedern. Mit einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien, EU-Beitritten und Assoziierungsabkommen und einem Regime Change in der Ukraine hat Berlin den post-sowjetischen Raum zu seinem „Hinterland“ gemacht.²⁷ Dass jetzt deutsche Soldaten von Finnland über die Baltischen Staaten, Polen und die Ukraine bis nach Rumänien aufmarschieren, dass die Bundeswehr einen Stützpunkt in Litauen aufbaut, dass Berlin seine Armee und Rüstungsindustrie ausbaut und dabei auf einen Krieg gegen Russland ausrichtet – das alles ist keine Hörigkeit gegenüber den USA. Das ist deutschnationale Machtpolitik. Berlin ist spätestens seit 2014 dabei, die Gebietsgewinne der EU-Osterweiterung militärisch abzusichern. Deutschland führt in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg um sein Hinterland. Wenn die AfD dafür allein die USA verantwortlich macht, verschleiert sie Deutschlands nationale machtpolitische Interessen in Osteuropa. Gleichzeitig trägt sie die Hochrüstung Deutschlands und die Kriegsvorbereitungen von Berlin und NATO mit. Mit der „Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa“ hat das alles nichts zu tun.

Anmerkungen:

- 1 Sonntagsfrage Bundestagswahl 04.01.2024, [infratest-dimap.de](https://www.infratest-dimap.de)
- 2 Pressemitteilung der AfD vom 04.04.2023, „AfD demonstriert für den Frieden“
- 3 Ebd.
- 4 Friedensinitiative auf der Webseite der AfD, afd.de/friedensinitiative
- 5 Pressemitteilung der AfD vom 04.04.2023, „AfD demonstriert für den Frieden“
- 6 Plenarprotokoll 20/118 des Deutschen Bundestages
- 7 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 8 Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, Arbeitskreis Verteidigung der AfD
- 9 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 10 Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, Arbeitskreis Verteidigung der AfD
- 11 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 12 Plenarprotokoll 20/118 des Deutschen Bundestages
- 13 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 14 Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, Arbeitskreis Verteidigung der AfD
- 15 Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer, Deutschland Funk, 16.10.2022
- 16 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 17 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 18 Tino Chrupalla bei Markus Lanz am 29.11.2022 [youtube.com](https://www.youtube.com)
- 19 Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer, Deutschland Funk, 16.10.2022
- 20 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik
- 21 Tino Chrupalla bei Markus Lanz am 29.11.2022 [youtube.com](https://www.youtube.com)
- 22 Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer, Deutschland Funk, 16.10.2022
- 23 Pressemitteilung der AfD vom 04.04.2023, „AfD demonstriert für den Frieden“
- 24 Griff nach der Weltmacht, Fischer, 1961
- 25 Europastrategien des deutschen Kapitals, Opitz, 1994, S. 868-898
- 26 Europastrategien des deutschen Kapitals, Opitz, 1994, S. 653
- 27 Konrad Popławski: The Role of Central Europe in the German Economy. [osw.waw.pl](https://www.osw.waw.pl).

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

